

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Matthias Wittke, Herrn Jörn Bielenberg und Herrn Armin Hombitzer von der Fa. August Rüggeberg GmbH & Co. KG.

Eingangs verweist BM Meisenberg auf das als Tischvorlage verteilte Schreiben der Bündnis 90/Die Grünen, das seiner Auffassung nach keinen Antrag im Sinne des § 15 der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Marienheide darstelle. SB Detlev Rockenberg möchte das Schreiben auch nicht als Antrag, sondern als frühzeitige Anmerkungen zum Tagesordnungspunkt insbesondere im Hinblick auf die Belange zum Klimaschutz verstanden wissen. Aus Sicht von Herrn Meisenberg kommen diese Anmerkungen allerdings zu früh, man könne hierzu noch nicht abschließend Stellung nehmen, werde die Punkte aber ins Verfahren mit aufnehmen und prüfen.

Herr Dreiner leitet in das Thema ein und erläutert die Planungs idee so wie sie auch in der Beschlussvorlage beschrieben ist. Die für die Umsetzung der geplanten Betriebserweiterung notwendigen Gutachten im Bauleitplanverfahren hinsichtlich Schallschutz, Altlastengutachten, Entwässerung etc. werde komplett vom Antragssteller übernommen.

Herr Rockenberg möchte wissen, was mit Überkompensation gemeint ist. Hierbei gehe es, so Herr Dreiner, um eine Überkompensation von ökologischen Wertpunkten bei Bebauungsplänen auf Grundstücken der Fa. Rüggeberg. Bei der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 89 wurde das Thema intensiv behandelt. Das seinerzeit beauftragte Büro hat alle ökologischen Maßnahmen begutachtet und eine Übersicht erstellt. Es hat sich hierbei herausgestellt, dass in Bereichen, wo noch kein verbindliches Planungsrecht geschaffen worden ist (z.B. der Bebauungsplan Nr. 50), eine ökologische Überkompensation stattgefunden hat. Es wurden z.B. ökologische Maßnahmen bereits umgesetzt, für die planungsrechtlich keine Notwendigkeit bestand. Diese Überkompensation soll bei der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 96 in der ökologischen Bilanzierung zu Bestand und Planung berücksichtigt werden.

Auf Nachfrage von RM Holger Maurer erläutert Herr Bielenberg grob den Planungsstand im Hinblick auf den Bebauungsplan Nr. 89 „Betriebserweiterung Fa. Rüggeberg“. Die am Bedarf orientierte Planung der Firma, welche zum Teil schon bis in Detail abgeschlossen ist, mache eine Betriebserweiterung notwendig. Die Firma sei nicht auf just-in-time ausgelegt, sondern benötige Lagerflächen. Aufgrund der Tatsache, dass die Fa. ABUS den Standort verlässt, habe sich für Fa. Rüggeberg diese Möglichkeit ergeben, die auch bei der Umsetzung Priorität gegenüber des Bebauungsplangebiets Nr. 89, auf der gegenüberliegenden Straßenseite der B256 gelegen, besitze. Dieser Standort sei allerdings auch mittel- und langfristig für die Fa. Rüggeberg wichtig, da hier ein Forschungs- und Entwicklungszentrum entstehen soll.

Herr Bielenberg führt weiter aus, dass eine Anbringung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern des Firmengeländes nicht durchführbar sei, da die Firma sonst nicht versicherungsfähig wäre. Man prüfe allerdings Möglichkeiten auf Freiflächen Photovoltaikanlagen zu errichten und stehe bereits mit der Gemeinde im engen Austausch.

RM Günter Korthaus sieht die neu geplante Feuerwehrrzufahrt etwas kritisch.

Herr Bielenberg berichtet, dass die Planung der neuen Zufahrt vom Ing.-Büro Donner

und Marenbach durchgeführt wird und sich diese mit 5 m um einiges breiter darstelle als die alte 3,5 m breite Zufahrt. Herr Hombitzer merkt an, dass es bei dem Grundstücktausch und bei der neuen Lage der Zufahrt eher die Möglichkeit gebe, bauliche Erweiterungen zu realisieren. Seitens Herrn Schmereim bestehen gegen die geplante neue Zufahrt keine Bedenken, sofern sich die Sichtverhältnisse durch künftige Hochbaumaßnahmen in diesem Bereich nicht verschlechtern.

RM Katharina Kronenberg äußert sich zustimmend zur vorgesehenen Planung und möchte die schriftlichen Anmerkungen der Bündnis 90/Die Grünen zu einem anderen Zeitpunkt diskutieren. RM Sebastian Göldner fügt hinzu, dass man die Anregungen für alle Firmen gleichermaßen festlegen solle und nicht nur in diesem einen Fall. RM Timo Fuchs bekräftigt dies.

Abschließend weist Herr Dreiner darauf hin, dass im weiteren Verfahren auch der Ausschuss für Klima und Umwelt zu beteiligen ist und man zum gegebenen Zeitpunkt auch dort die Planinhalte diskutieren könne.